

DIE HAUSHALTSDEBATTE IM BUNDESTAG

An diesem Freitag beendet der Bundestag seine Etatberatungen und beschließt den Bundeshaushalt – für das laufende Jahr 2006. Die Beratungen über den wegen der vorgezogenen Bundestagswahl späten Etat wurden denn auch schon überlagert von den aktuellen Reformdebatten. An dieser Stelle beleuchten wir die behandelten Einzellets.

ARBEIT UND SOZIALES

Fast die Hälfte des Gesamtetats

Der Bundestag hat am Donnerstag mit den Stimmen von Union und SPD den Arbeits- und Sozialetat und damit den größten Einzelplan im Bundeshaushalt 2006 verabschiedet. Ressortchef Müntefering (SPD) stehen rund 77,5 Milliarden Euro für die Rentenversicherung und etwa 38,5 Milliarden Euro für die Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV) zur Verfügung. Beides zusammen macht fast die Hälfte des gesamten Bundeshaushalts aus. Der Minister lobte seinen Etat als „gut, überzeugend und zukunftsfähig“. Das Zahlenwerk sei in sich schlüssig und belastbar. Für die kommenden Jahre sagte Müntefering allerdings „erhebliche Schwierigkeiten“ voraus, weil die Bundesregierung dann wieder die Neuverschuldungsgrenzen des Grundgesetzes und das Maastricht-Kriterium erfüllen wolle. „Das wird Riesenherausforderungen mit sich bringen.“ Zusätzliche Anstrengungen seien dann nötig.

Mit Blick auf die Rente mahnte Müntefering zu einem Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge, um das Niveau der vergangenen Jahre auch in Zukunft halten zu können. Die Tarifparteien müßten die Debatte über Mitarbeiterbeteiligung darauf fokussieren, die betriebliche Altersvorsorge zu stärken. An die Wirtschaft richtete Müntefering den Appell, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Zurückhaltung auf dem Ausbildungsmarkt gehe „knapp am Skandal“ vorbei.

Während die Linksfraktion der Regierung „Sozialraub“ und „menschenverachtenden“ Arbeitszwang vorwarf, die Rücknahme von Kürzungen und Sanktionen verlangte und forderte, das Arbeitslosengeld II zu einer „repressionsfreien sozialen Grundsicherung“ in Höhe von 420 Euro auszubauen, warf die FDP Müntefering Versagen bei der Haushaltssanierung vor. Obwohl der Bundesrechnungshof vor der finanziellen Handlungsunfähigkeit des Bundes gewarnt habe, sei der Anteil der Sozialausgaben am Bundesetat noch-

mals auf 51,2 Prozent gestiegen. Ausgaben würden nicht gekürzt, ein Konsolidierungsbeitrag nicht geleistet, die überfällige Trendwende bleibe aus, rügte die FDP-Haushaltspolitikerin Winterstein.

Der FDP-Sozialpolitiker Kolb warf Müntefering vor, er handle bei der Rente „zu spät, nicht entschieden genug und ohne klare Vorstellung, wohin Sie wollen“. Die Regierung beteuere zwar, die Rentenfinanzen sichern zu wollen, schließe aber eine Rentenkürzung selbst dann aus, wenn die Nettolöhne sinken; sie streiche der Rentenversicherung zwei Milliarden Euro, die diese bisher für die Hartz-IV-Empfänger erhalten habe, und weigere sich, die teure Vorruhestandsregelung zu überprüfen.

Die Haushaltspolitikerin der Grünen, Hajduk, kritisierte ebenfalls die Rentenpolitik der Regierung. Der Rentenbericht für die Zeit bis 2019 operiere mit geschönnten Annahmen: Lohnzuwächsen um 2,5 Prozent, einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent und geringer Arbeitslosigkeit. Selbst wenn diese optimistischen Annahmen zuträfen, seien weitere Reformanstrengungen nötig. Schon jetzt wisse man, daß im Jahr 2008 nochmals 600 Millionen Euro an die Rentenkassen überwiesen werden müssen, um 2008 einen abermaligen Beitragsanstieg zu verhindern. (nf.)

GESUNDHEIT

Schon Vergangenheit

Für die Gesundheitspolitik hat der Bundestag der Bundesregierung am Mittwochabend 4,6 Milliarden Euro bewilligt. Mit den Stimmen der großen Koalition stimmten die Abgeordneten dem Haushaltsentwurf zu, der erheblich kleiner ausfiel als im Vorjahr, als das Haus noch für Gesundheit und Rente zuständig war.

Daß der Haushalt auch ohne den staatlichen Zuschuß zur Rentenversicherung noch relativ hoch ausfällt, liegt an dem Steuerzuschuß, den die gesetzlichen Kassen noch in diesem Jahr bekommen. Die erste halbe Tranche jener 4,2 Milliarden Euro ist schon bei den Kassen angekommen. Die restlichen Mittel verteilen sich auf diverse nationale Programme zur Prävention, Krankheitsvermeidung (Aids), der Sucht- und Drogenprävention oder Zuschüsse zu internationalen Programmen der Weltgesundheitsorganisation. Rund 140 Millionen Euro entfallen auf Gelder für Institute, die dem Gesundheitsministerium nachgeordnet sind, wie das Robert-Koch-Institut oder die Arzneimittelzulassungsbehörde. Ausgaben für Personal und Organisation, nicht zuletzt seit diesem Jahr

die Lasten für die Pensionäre des Hauses kommen hinzu.

In der Haushaltsdebatte spielte das keine Rolle. Die Vertreter der Fraktionen verteidigten oder kritisierten pflichtgemäß die Bemühungen der Regierungskoalition, bis Anfang Juli die Eckpunkte einer großen Gesundheitsreform zu verabreden. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) warb dabei für Struktur-reformen und mehr Wettbewerb, versprach aber auch: „Ehe neues Geld in dieses System fließt, muß der Topf waserdicht gemacht werden, damit das Geld nicht irgendwo unnützlich eingesetzt wird, wo es für die Versorgung gar nicht nötig ist.“ Sie plädierte für den Gesundheitsfonds als Instrument für einen vollkommenen Einkommensausgleich, denn die Arbeitskosten dürften nicht weiter belastet werden.

Der FDP-Gesundheitspolitiker Daniel Bahr dagegen warnte, der Fonds sei „nichts anderes als der Einstieg in die Planwirtschaft im Gesundheitswesen“. Deswegen lehne er „eine solche gigantische Geldsammelstelle“ ab. Sie werde kein einziges Struktur- und Finanzproblem im Gesundheitswesen lösen. Der Vertreter der Linken, Frank Spiehl, nannte den Fonds eine Maschine, mit der ziellos Geld verteilt werde.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der Union, Annette Widmann-Mauz, griff Vorschläge der SPD-Führung für eine umfassende Steuerfinanzierung des Gesundheitssystems auf. Wenn es der SPD damit ernst sei, dann müsse sie die Vorschläge der Union ernst nehmen, die eine kopfbezogene Prämie mit einem steuerfinanzierten Solidarausgleich vorgeschlagen hatte. Sonst drohe die Steuerfinanzierung „wie bei der Rente“ zu einer ausschließlichen Subventionsspritze zu werden. „Hier haben wir Vorbehalte.“ Eine Steuerfinanzierung der Sozialkosten würde die Kosten für die Gesundheit deutlicher machen und den Wettbewerb zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung, aber auch innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung intensivieren, sagte Widmann-Mauz. (ami.)

FAMILIE

Elterngeld im Zentrum

Im Zentrum der Debatte über den Etat der Familienministerin von der Leyen (CDU) stand der Gesetzentwurf zum Elterngeld, der zugleich in erster Lesung beraten wurde. FDP und Grüne bemängelten vor allem fehlende Konsistenz: Ohne einen Ausbau der Kinderbe-

treuung werde das Elterngeld nichts bewirken. Die Redner der Linksfraktion rügten, das Instrument sei unsozial. Frau von der Leyen gab zu, Elterngeld und Betreuung müßten „Hand in Hand“ gehen, doch setzte sie darauf, daß das eine das andere nach sich ziehen werde. Das Elterngeld soll als Lohnersatzleistung im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes in Höhe von 67 Prozent des vorherigen Nettoehalts gezahlt werden (mindestens 300, höchstens 1800 Euro), wenn ein Elternteil „zu Hause“ bleibt. Zwei weitere Monate lang kann Elterngeld bezogen werden, wenn auch der andere Elternteil für mindestens diese Zeit die Erwerbstätigkeit ruhenläßt.

Daß durch das Elterngeld der Familienetat einen „Aufwuchs“ von einer Milliarde Euro bekommen habe, bezeichnete die Ministerin als einen „Quantensprung“. Nach ihren Angaben ist das Elterngeld für 2007 mit 3,5 Milliarden Euro veranschlagt, 2008 seien 4,4 Milliarden Euro geplant, ab 2009 werde es „wie verabredet“ 3,9 Milliarden kosten. Der zwischenzeitliche Anstieg sei auf den „Einmaleffekt“ zurückzuführen, daß sich Elterngeld und das auslaufende Erziehungsgeld überlagerten; das Erziehungsgeld habe 2005 2,9 Milliarden gekostet. „Sollte das Gesamtvolumen des Elterngeldes in späteren Jahren steigen, dann ist das doch das Beste, was unserem Land passieren kann. Es bedeutet, daß mehr Kinder geboren werden und daß ihre Eltern Arbeit haben“, argumentierte Frau von der Leyen.

Die familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Lenke, rügte hingegen, die Regierung gebe den Eltern in die eine Tasche, was sie ihnen aus der anderen nehme, und dabei nehme sie noch mehr, als sie gebe. Sie verwies auf Beschlüsse wie die Mehrwertsteuererhöhung oder die verkürzte Dauer des Kindergeldbezugs. „Es ist ein Tauschgeschäft zu Lasten der Familie“, sagte Frau Lenke. Der Familienpolitiker der Linksfraktion, Wunderlich, befand zwar, das Elterngeld als Lohnersatzleistung weise „prinzipiell“ in die richtige Richtung. Doch in der vorgelegten Gestalt sei es „eine familien- und sozialpolitische Mogelpackung“, eine „Umverteilung von unten nach oben“. Er forderte ein Wahlrecht zwischen dem bisherigen Erziehungsgeld und dem neuen Elterngeld. Die Grünen-Politikerin Deligöz bezweifelte wie Frau Lenke, daß das neue Instrument ohne vorhergehenden Ausbau von öffentlichen Kinderbetreuungsstätten „greifen“ werde. Sie rügte zudem das Zustandekommen des Gesetzes innerhalb der Koalition, wodurch es „sozial unausgewogen und wenig konsistent“ geworden sei. Sie verwies auf die beiden „Vätermonate“. Die ursprüngli-

che Regelung „10 plus 2“ sei von „Traditionalisten“ als Teufelszeug verdammt worden, die nun vorliegende Regelung „12 plus 2“ werde gepriesen. „Wo ist da der qualitative Unterschied? Der einzige ist der zusätzliche Kostenaufwand von 750 Millionen dafür, daß die CSU das Gesicht nicht verliert.“

Freilich gingen auch die Redner der Koalition auf das schwierige Zustandekommen des Gesetzes ein. Der Unionsfachsprecher Singhammer (CSU) lobte, daß die Familienpolitik mit der neuen Ministerin monatelang in den Schlagzeilen gewesen sei. „Statt Gedöns Topthema: Spitze ist das.“ Daß nun „wir als Union“ zufrieden seien, liege daran, daß das Gesetz nun die „Handschrift der Union“ trage und „bürgerliche und leistungsorientierte Strukturen“ aufweise: etwa der Mindestbezug von 300 Euro für alle, auch in Alleinverdieneren, der nun „echte Wahlfreiheit“ lasse; oder der sogenannte Geschwisterbonus, wonach bei einem rasch folgenden Kind (bis 24 Monate) wie beim vorherigen Kind die ursprüngliche Verdiensthöhe zugrunde gelegt werden soll. Die SPD-Redner Schmidt und Frau Kressl verwiesen hingegen auf die politische Urhebererschaft des Elterngelds, die bei der früheren sozialdemokratischen Ministerin Renate Schmidt liege. Frau Kressl sagte voraus, das Elterngeld werde eine „große gesellschaftliche Veränderung“ zur Folge haben. Künftig werde aus der Politik niemand mehr vorschreiben können, wie die Familie beschaffen sein solle. (Iöw.)

JUSTIZ

Schnell, schnell

Bundesjustizministerin Zypries (SPD) hat dazu aufgerufen, das Gleichbehandlungsgesetz so schnell wie möglich zu verabschieden. Inhaltlich gebe es keine großen Differenzen, weshalb auf eine Anhörung verzichtet werden könne, sagte Zypries. Ein Antrag der FDP dazu wurde am Donnerstag im Rechtsausschuß abgelehnt. Sie wies darauf hin, daß Strafzahlungen an die Europäische Union drohten „und daß wir handeln müssen“. Frau Zypries legte Wert darauf, daß die EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung „im wesentlichen eins zu eins“ in nationales Recht überführt würden. Es sei keine „exorbitante Klagewelle“ zu befürchten; so etwas zu behaupten „ist absolut übertrieben und geht an der Sache vorbei“. Der Etat des Bundesjustizministeriums beträgt 441,1 Millionen Euro und damit rund 102 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Dennoch warnte die Opposition vor einem möglichen rechtsstaatlichen Abbau aufgrund finanzieller Engpässe. Die frühere Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) wies darauf hin, daß der Justizhaushalt „mit Sicherheit

nicht entscheidend zur Sanierung des Gesamthaushalts 2006 beitragen“ werde. Sie warnte vor „meistens fiskalisch orientierten“ Überlegungen der Länder zu einer Justizreform, die in erster Linie die Einschränkung des Rechtsschutzes zum Ziel habe. Die FDP warnte auch vor einer von der Bundesregierung geplanten „Scheidung light“.

Bestätigt wurde vom Parlament auch der Haushalt des Verfassungsgerichts, das in diesem Jahr über 20,7 Millionen Euro verfügen kann. Dies bedeutet eine Steigerung um mehr als drei Millionen Euro gegenüber 2005. Die von der Linksfraktion monierte Kürzung von einer Million Euro begründete Frau Zypries mit dem Neubau am Bundesverfassungsgericht. Nicht durchsetzen konnte sich die Opposition mit einem Gruppenantrag von 130 Abgeordneten, um die EU-Richtlinie zur Vorratsspeicherung von Telekommunikationsverkehrsdaten vom Europäischen Gerichtshof überprüfen zu lassen. Nach der Richtlinie sollen die Daten zum Zweck der Strafverfolgung mindestens sechs Monate und höchstens zwei Jahre lang gespeichert werden. (Mü.)

INNERES

Zu wenig für die Integration?

Bundesinnenminister Schäuble (CDU) hat Kritik der Opposition und von SPD-Politikern an der Kürzung der Mittel für Integrationskurse zurückgewiesen. „Wir wissen, daß die Mittel in diesem Jahr reichen“, sagte Schäuble. Kein Kurs werde an fehlendem Geld scheitern. Der Haushaltsansatz für die erstmals 2005 mit dem neuen Einwanderungsgesetz eingeführten Integrationskurse ist von 208 Millionen auf 140 Millionen Euro gekürzt worden. Schäuble sagte, die Kürzung sei lediglich eine Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben. 2005 wurde ein erheblicher Teil des bereitgestellten Geldes nicht abgerufen. Die SPD-Innenpolitikerin Jelpke warf der Regierung vor, den Einwanderern keine Angebote zu machen. Auch die FDP-Innenpolitikerin Piltz sprach von einem „völlig falschen Signal“. Der Grünen-Politiker Wieland sagte, es sei keine Linie in der Innenpolitik erkennbar. Er sprach von einem „Stück aus dem Tollhaus“. Die SPD-Abgeordnete Hagedorn sagte, es sei in den harten Haushaltsverhandlungen gelungen, kleine, aber wirkungsvolle Korrekturen vorzunehmen. So bekomme das Technische Hilfswerk (THW) mehr Geld, und die vorgesehene Kürzung bei der Bundeszentrale für Politische Bildung von 18,4 auf 13,4 Millionen Euro sei komplett rückgängig gemacht worden. Nach den Entscheidungen des Haushaltsausschusses stehen für das Innenministerium 4,36 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Regierungsentwurf waren es zunächst 340 Millionen

Euro weniger. Schäuble dankte den Zehntausenden Polizisten und anderen Helfern, die für die WM im Einsatz sind. Daß es noch keine Probleme gegeben habe, bedeute nicht, daß die innere Sicherheit künftig vernachlässigt werden könne. „Es darf um Himmels willen nicht aus den Erfahrungen dieser Fußball-Weltmeisterschaft abgeleitet werden, daß wir in der Zukunft die Anforderungen innerer Sicherheit weniger ernst nehmen dürfen. Wir werden auch in Zukunft dringend leistungsfähige Nachrichtendienste brauchen, weil wir sonst in der Prävention, in der Gefahrenabwehr verraten und verkauft und nicht in der Lage sind, unserer Verantwortung gerecht zu werden.“ (Mü.)

BILDUNG

Mehr Technologie

Der Haushalt der Bildungs- und Forschungsministerin Schavan (CDU) wächst – bereinigt um allerlei Kompetenzabgänge an das Wirtschaftsministerium – um gut 400 Millionen auf 8,026 Milliarden Euro. Frau Schavan sagte, sie wolle eine „deutliche Priorität bei der Erforschung neuer Technologien“ setzen. Zur „kulturellen Verankerung“ sollten aber auch den Geistes- und Sozialwissenschaften mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Ministerin bezeichnete Deutschland als „Topstandort für Unternehmen in Europa“. Die FDP-Bildungspolitikerin Flach rügte, die Mittel würden falsch eingesetzt: Statt „rot-grüne Hobbys“ wie die Friedens- und Konfliktforschung weiterzubereiten, solle lieber mehr für einen Forschungsschwerpunkt Medizin ausgegeben werden. Die Linkspartei-Rednerin Hirsch vermißte eine Antwort auf die Analyse, Armut sei „erblich“. Der Grünen-Politiker Gehring forderte „klare Prioritäten für mehr Ausbildungsplätze“. Der SPD-Redner Hagemann befand, ohne die Union zu erwähnen, man ernte jetzt die „politische Dividende“ aus rot-grünen Beschlüssen, „die sehr umstritten waren“. Er nannte etwa die Exzellenzinitiative oder das Ganztagserschulprogramm. (löw.)

VERKEHR

Mehr für Infrastruktur

Mit den Stimmen der großen Koalition hat der Bundestag den Etat von Verkehrsminister Tiefensee (SPD) in zweiter Lesung verabschiedet. Dem Verkehrsministerium stehen gegenüber 2005 rund zwei Prozent mehr Mittel zur Verfügung. Er ist mit 23,7 Milliarden Euro der viertgrößte Posten im Bundeshaushalt.

Nach Auskunft des Verkehrsministeriums können in dieser Legislaturperiode

zusätzlich 4,3 Milliarden Euro investiert werden. Damit stelle bis 2009 die Bundesregierung für Investitionen in die Straße, Schiene und Wasserstraße jährlich rund 9 Milliarden Euro zur Verfügung. Man könne verlässlich den „ausgezeichneten Zustand unserer Infrastruktur sichern und ausbauen“, sagte Tiefensee. 53 Prozent der investiven Ausgaben des Bundes seien Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Tiefensee bezeichnete den Verkehrshaushalt als „innovativen Haushalt“, der für Wachstum und Beschäftigung sorgen werde.

Als nicht ausreichend kritisierte hingegen Claudia Winterstein (FDP) die geplanten Investitionsmittel. Der Ansatz liege unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre, als noch 10 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung gestanden hätten: Die geplanten Investitionen lägen drei Milliarden Euro unter dem tatsächlichen Bedarf. Die Grünen-Politikerin Anna Lührmann sprach von „falschen Prioritäten“. Statt in den Erhalt bestehender Straßen zu investieren, konzentriere sich die große Koalition auf prestigeträchtige Neubauprojekte. Die Grünen bemängelten, daß vor allem für den Ausbau der Schieneninfrastruktur zu wenig Mittel vorgesehen seien.

Zudem sieht der Etat vor, daß künftig die energetische Gebäudesanierung zusätzlich gefördert wird. Für das erweiterte Kohlendioxid-Gebäudesanierungsprogramm sind 1,4 Milliarden Euro jährlich bis 2009 vorgesehen. Tiefensee äußerte die Erwartung, daß allein mit dem Gebäudesanierungsprogramm Investitionen von 25 Milliarden Euro ausgelöst würden. Es könnten voraussichtlich mehr als 500 000 Arbeitsplätze entstehen. Für die Städtebauförderung stehen nach Tiefensees Worten 546 Millionen Euro zur Verfügung, das beinhalte auch Mittel für den Stadtbau Ost und West sowie für das Programm Soziale Stadt. (mmue.)

LANDWIRTSCHAFT

75 Prozent für die Sozialpolitik

Der Etat von Landwirtschaftsminister Seehofer (CSU) wird 2006 gegenüber dem Vorjahr leicht um rund 200 Millionen Euro auf 5,05 Milliarden Euro sinken. Das entspricht einem Rückgang um 0,3 Prozent. Dabei bleibt die Agrarsozialpolitik von Kürzungen verschont: Allein in die landwirtschaftliche Sozialpolitik fließen 3,8 Milliarden Euro, davon 2,4 Milliarden Euro in die Alterssicherung und 1,2 Milliarden Euro in die Krankenversicherung.

Nicht angetastet wird in der Landwirtschaftlichen Unfallversicherung der Bundeszuschuß von 200 Millionen Euro. Damit gibt das Landwirtschaftsministerium allein 75 Prozent seiner

Mittel für die Sozialpolitik aus.

Dagegen werden die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ um 50 Millionen Euro auf jährlich 615 Millionen Euro gesenkt. Zudem könnten Finanzmittel durch die zeitliche Verschiebung großer Baumaßnahmen in der Forschung und beim Bundesinstitut für Risikobewertung eingespart werden, teilte das Landwirtschaftsministerium mit.

Von Kürzungen verschont bleibt die Verbraucherpolitik; dafür sind nach Informationen des Ministeriums in diesem Jahr rund 104 Millionen Euro vorgesehen. Die Verbraucheraufklärung erhalte auch künftig 15 Millionen Euro, der Bundesverband Verbraucherzentrale 8,8 Millionen Euro und die Stiftung Warentest 6,5 Millionen Euro.

In diesem Jahr stehen 53,6 Millionen zur Förderung nachwachsender Rohstoffe zur Verfügung. Die Mittel kämen vor allem Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsvorhaben sowie der Markteinführung zugute, um die Produktions-, Absatz- und Verwendungsmöglichkeiten für nachwachsende Rohstoffe auszubauen und zu erschließen.

Auch der Ökolandbau muß keine Mittelkürzungen befürchten. Das Programm werde wie im Vorjahr mit 20 Millionen Euro gefördert. (mmue.)

AUSWÄRTIGES

Mahnungen ans Goethe-Institut

Nur selten erlebt es ein Bundesminister, daß ein Oppositionsabgeordneter den Etat seines Ressorts für zu knapp bemessen hält und dafür plädiert, ihn zu vergrößern. Der FDP-Abgeordnete Koppelin jedoch nannte den Haushalt von Außenminister Steinmeier (SPD) bei den Etatberatungen im Bundestag „unterfinanziert“ und drückte damit nur am drastischsten aus, was seine Berichterstattekollegen von den anderen Fraktionen gleichfalls andeuteten.

Der gestiegenen Verantwortung in der Welt könne Deutschland nicht gerecht werden, wenn es an seinen Auslandsvertretungen, aber auch in der ausländischen Kulturarbeit immer mehr Personal und Programme einsparen müsse. Der Etat des Auswärtigen Amtes hat für das laufende Jahr ein Gesamtvolumen von etwa 2,3 Milliarden Euro, das ist weniger als ein Prozent am gesamten Bundeshaushalt. Im Vergleich zum Vorjahr steigt der Etat um 87 Millionen Euro, von denen aber der weitestaus größte Teil – 73 Millionen – als steigende Pflichtbeiträge an die Vereinten Nationen zu zahlen sind.

In der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wurden die Mittel für den Deutschen Akademischen Austausch-

dienst, für die Humboldt-Stiftung und das Deutsche Archäologische Institut erhöht. Das Goethe-Institut, das vor einigen Monaten durch ein Millionendefizit aufgefallen war, erhält zum Ausgleich keine zusätzlichen Mittel, sondern lediglich die Erlaubnis, sieben Millionen Euro aus den Programm-Mitteln umzulenken in den allgemeinen Haushalt der Institution, um das Defizit auszugleichen.

Der SPD-Abgeordnete Mark wie der CSU-Abgeordnete Frankenhauser erneuerten die Ermahnung an die Leitung des Goethe-Instituts, bis zum

Herbst ein Sanierungskonzept vorzulegen. Mark sagte, dabei könne es nicht nur darum gehen, bewährte Standorte in Europa zu schließen, um Kosten zu senken, vielmehr müsse es auch mehr Effizienz dadurch geben, daß die Goethe-Institute eine gemeinsame Unterbringung mit anderen deutschen Auslandsinstitutionen anstrebten; auch Kooperationen mit den Kulturinstituten anderer europäischer Staaten seien wünschenswert.

Frankenhauser wurde noch deutlicher: Das Goethe-Institut müsse nun endlich, „nach vielen Ankündigun-

gen“, eine Konzeption präsentieren, die erstens eine Definition seiner Aufgaben enthalte und zweitens Vorschläge mache, welche Einsparmöglichkeiten sich durch eine Organisationsreform im Hause ergäben. Auch Frankenhauser sagte einen bemerkenswerten Satz: „Von der Sparsamkeit ist auch die Zentrale in München nicht auszunehmen, weil das Goethe-Institut die vornehmliche Arbeit im Ausland und nicht in der Zentrale in München vorzunehmen hat.“ (Lt.)